

Adresspondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 11. September 1926

Nummer 72

Gefinnungsumschwung im Unternehmertum?

Wie alljährlich um diese Zeit, so hatte auch diesmal der Reichsverband der deutschen Industrie, die Spitzenorganisation des deutschen Unternehmertums, zu einer von Tausenden aus allen Teilen des Reiches besuchten Unternehmertagung am 3. und 4. September nach Dresden eingeladen. Angesichts der mit riesiger Arbeitslosigkeit verbundenen Wirtschaftskrise, die Deutschland nun bereits ein Jahr hindurch erschüttert, sah man auch in Gewerkschaftskreisen der Dresdner Tagung mit einiger Spannung entgegen. Dießen doch manche Anzeichen darauf schließen, daß von der größten deutschen Unternehmerorganisation mit ihren zweieinhalbtausend Syndikati zu sehr wichtigen Wirtschaftsfragen, insbesondere auch zur Sozial- und Finanzpolitik des Reiches, ausschlaggebend Stellung genommen werden würde. Dennoch dürfte wohl niemand angenommen haben, daß mit dieser Stellungnahme ein so bemerkenswerter innerpolitischer und taktischer Frontwechsel, eine Revision bisher verfolgter Anschauungen und Unternehmerpraktiken verknüpft sein würde, wie das im Hauptreferat des zweiten Verhandlungstages, betitelt „Deutsches Unternehmertum in der Nachkriegszeit“, von Dr. Paul Silberberg — angekündigt wurde. Silberberg ist — wie vorweg bemerkt sei — kein Zehntel, sondern als Generaldirektor und Reichsverbandsvorsitzender einer der Prominentesten unter den Großindustriellen. Als Freund und Mitarbeiter Hugo Stinnes' hat er bei der Entwicklung des Braunkohlenbergbaues führend und entscheidend mitgewirkt, und im Reichsverband der deutschen Industrie gelangte er durch Geschick und Klugheit zu großem Einfluß.

Silberbergs Rede auf der Dresdner Tagung war zunächst ein offenes Bekenntnis zur Republik, wenn er erklärte, das deutsche Unternehmertum stehe restlos auf staatsbejahendem Standpunkt. Alle ernsthaften und pflichtbewußten Menschen hätten sich auf den Boden des heutigen Staates und der Reichsverfassung gestellt. Und als neue Erkenntnis der deutschen Unternehmer verkündete Dr. Silberberg: „Bei allen ernsthaften Menschen im Inlande und im Auslande wiegt die Anerkennung der deutschen Republik und ihrer Verfassung durch das deutsche Unternehmertum tausendmal schwerer als der ganze parteitaktische Kummel, der nur Mithrasen sat, Anruhe schafft und Kräfte absorbiert. Gerade diese Einstellung des deutschen Unternehmertums ist die Grundlage für das Vertrauen des Auslandes auf die Stabilität der deutschen Verhältnisse.“ Die nach schweren inneren Kämpfen gewonnene, aber darum um so festere Einstellung auf den Staat lasse sich das Unternehmertum nicht rauben. Weiter fand der Redner warme Worte des Dankes für das erfolgreiche Wirken Fritz Eberts, des so vielgeschmähten ersten Reichspräsidenten, und anerkannte die Verdienste der alten Gewerkschaften um die Festigung des Staates, dabei den Namen Legiens ehrend erwähnend. Rückwärts schauend könne man nicht sagen, daß die Einstellung des Unternehmertums zur Arbeiterklasse und ihren Organisationen immer eine glückliche gewesen ist. Zwar hätten einseitige Unternehmer und Arbeiterführer kurz vor dem Zusammenbruch die Zentralarbeitsgemeinschaft gegründet. Zu redtem Leben sei diese Organisation aber nicht gekommen. Auf Arbeiterseite hemmten Rücksichtnahmen auf politische Parteien und deren Entwicklung die vorbehaltlose Mitarbeit, und auf Unternehmenseite sei im allgemeinen eine gewisse Ungläubigkeit und Unsicherheit bei der Mitarbeit festzustellen gewesen. Viel mehr aber habe noch nachgewirkt, daß sich das Unternehmertum

zu spät entschlossen hat, in den Gewerkschaften die Vertretung der Arbeiterklasse anzuerkennen und den Führern den Rücken gegen die eigenen Freunde zu stärken. Mit der ausdrücklichen Feststellung, daß sich in dem deutschen Unternehmertum inzwischen eine Wandlung der Geister vollzogen habe, verband Dr. Silberberg die objektive Konstatierung, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung findet, und betonte schließlich, daß es eine auf die Dauer in höchstem Maße allgemeinpolitisch und wirtschaftspolitisch unerträgliche und schädigende Lage sei, wenn eine große Partei wie die Sozialdemokratie in einer mehr oder weniger verantwortungsfreien Opposition stehe. Man habe einmal gesagt, es kann nicht gegen die Arbeiterklasse regiert werden. Es müsse jedoch heißen: Es kann nicht ohne die Arbeiterklasse regiert werden. Die Voraussetzungen, von deren Erfüllung die Zusammenarbeit von Unternehmertum und Arbeiterklasse in der Staatsleitung abhängig gemacht werden sollen, gipfeln nach der Formulierung Dr. Silberbergs darin, daß die soziale Demokratie den Mut aufbringt, die Folgerungen aus den Lehren zu ziehen, die sie in und seit der Revolution erhalten hat: „Sie hat nicht die Macht und die Kraft und die Fähigkeit, den Staat zu beherrschen und zu führen. Mit Muskel- und Stimmkraft, die auf der Straße aufgefüllt werden, ist es nicht getan. Und wirtschaftspolitisch leidet wir nicht auf einer einsamen Insel, und antarktisch können wir mit den Mitteln eines Robinson Crusoe ein Volk von 63 Millionen physisch und kulturell nicht erhalten. Wir leben in einer Welt, die ihre Existenz und ihre Kultur auf kapitalistischen Wirtschaftsmethoden aufgebaut hat, nicht auf einem egezierenden Finanzkapitalismus, den das deutsche Unternehmertum ebenso ablehnt wie die Arbeiterklasse, sondern auf einem Kapitalismus als Grundlage einer durchorganisierten Produktion und einer rationalisierten Güterverteilung bis zum Güterkonsum.“ Am Schlusse seines Referats stellte Dr. Silberberg zusammenfassend nochmals fest, daß das industrielle Unternehmertum sich zu der Erkenntnis durchgerungen habe, daß das Heil für Deutschland und Deutschlands Wirtschaft nur in der vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeiterklasse liegt, und daß darauf fußend auch weite Kreise des deutschen industriellen Unternehmertums den Mut zu der Schlussfolgerung hätten, daß die politische Mitarbeit und Mitverantwortung der sozialdemokratischen Partei angestrebt werden muß.

Damit haben wir die Grund- und Leitgedanken des Silberbergschen Referats gekennzeichnet, soweit die Stellung zur Arbeiterklasse in Betracht kommt. Es sind Gedanken, wie man sie aus dem Munde eines führenden Großindustriellen kaum jemals vernommen hat, und die nach alledem, was hinter uns liegt, zunächst Erstaunen auslösen, um so mehr, als bekannt wurde, daß Generaldirektor Silberberg auf Grund einstimmigen Beschlusses des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu dieser hochpolitischen Kundgebung autorisiert worden ist. Unwillkürlich fragt man sich, ob das republikanische Gelübnis aus der gleichen Vereinigung stammt, deren Mitglieder erwiesenermaßen die Feinde der Republik reichlich mit Geldmitteln usw. ausstatteten, Stahlhelmer, Widinger und andre Helbenjünglinge zum Kampfe gegen die Republik ausrüsteten und auch sonst alles taten, um Deutschlands Ansehen im Auslande in Mißkredit zu bringen. Sind es nicht dieselben Unternehmer, die der plötzlich so gepriesenen Kulturarbeit der Gewerkschaften von jeher die größten Schwierigkeiten bereiteten und die neuerdings wieder gegen die angebliche Monopolstellung der Gewerkschaften ankämpften, um die der Ver-

fassung entsprechende Rechtmäßigkeit der Gewerkschaften zu beseitigen? Noch in seiner letzten Vorstandssitzung erhob der Reichsverband der deutschen Industrie Bedenken gegen eine zu weitgehende Ausgestaltung der sozialen Aufgaben, zugleich warnend vor der vorzeitigen Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes und vor verfrühten Bindungen in der Arbeitszeitfrage. Und selbst auf der Dresdner Tagung der Industriellen lieferte am ersten Tage Geheimrat Raftl den schlüssigen Beweis dafür, daß sich alle wirtschaftliche Weisheit der deutschen Industriellen in der Forderung nach Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung erschöpft. In seinem Referat über das Thema „Wirtschaftspolitische Forderungen der deutschen Industrie“ führte Raftl nämlich aus: „Es kann nicht oft genug betont werden, daß nominelle Lohnhöhungen keine Stärkung der Kaufkraft bedeuten, daß vielmehr die Stärkung der Kaufkraft in der durch erhöhte Leistung ermöglichten allgemeinen Verbilligung der Arbeitsprodukte gesucht werden muß. Eine zwangsweise Bestimmung der Löhne durch den Staat widerspricht den natürlichen Erfordernissen einer gesunden Wirtschaftsführung. Die Anwendung des Achtstundentages darf nicht schematisch sein und muß sich dem Grundsatz der Bemessung des Lohnes nach der Leistung anpassen. Die betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Einvernehmen mit der Belegschaft darf durch öffentlichen Zwang weder unterbunden noch gehemmt werden.“ Das ist ein Schätzmacherprogramm, wie es im Buche steht, und die Forderung, an die Stelle regionaler Tarifverträge Abmachungen für den Einzelbetrieb zu setzen, bildet eine Glorifizierung der gelben Werkvereinsidee, wie sie dem Unternehmertum als der Weisheit letzter Schluß vorflücht.

Raftl und Silberberg redeten auf ein und denselben Tagung offensichtlich aneinander vorbei. Wer als denkender Gewerkschaftler beider Äußerungen kritisch wertet, bleibt vor Illusionen und überschwenglichen Erwartungen bewahrt. Gewiß soll die Tatsache nicht unterschätzt werden, daß ein Mann wie Dr. Silberberg, der maßgebende Kopf des Rheinischen Braunkohlensyndikats und anderer großen Industriegebilde, den Mut aufbrachte, etwas offen auszusprechen, was von breiten Schichten des deutschen Unternehmertums bisher ängstlich vermieden wurde. Aber Worte allein tun es nicht, Taten sind besser. Unserer Ansicht nach sind in erster Linie außenpolitische Erwägungen maßgebend gewesen für den in voller Öffentlichkeit dokumentierten Gefinnungsumschwung des deutschen Unternehmertums. Darauf deutet die Neubewertung Dr. Silberbergs hin von der veränderten Einstellung des deutschen Unternehmertums zur Republik als Grundlage für das Vertrauen des Auslandes auf die Stabilität der deutschen Verhältnisse. Zu einem Zeitpunkt abgegeben, an dem über die Schaffung eines neuen ständigen Sitzes für Deutschland im Völkerbund in Genf verhandelt wurde, war damit zu rechnen, daß jene Willensäußerung im Auslande nicht unbemerkt bleiben würde. Industrielle Realisten, die international im Stahltrust verbunden sind, denken ja weit nützlicher über „Nationalgefühl“ als sogenannte vaterländische Verbände. Die hauptsächlichste Bedeutung des Dresdner Manifestes der Großindustriellen liegt jedoch auf finanziellem Gebiet. Die deutsche Schwerindustrie bedarf zur Herstellung ihrer Rentabilität dringend amerikanischen Kredits, der ohne bestimmte Zugeständnisse finanzieller und politischer Art von den amerikanischen Stahlmagnaten nicht gewährt wird. Von welcher weittragender Bedeutung diese Zugeständnisse sein können, und welche wirtschaftspolitische Gefahren sie in sich bergen, zeigt der diesem folgende Artikel.

Aus der Erkenntnis der wirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhänge ergeben sich die Kampfmethoden

der Arbeiterschaft von selbst. Für die politische Partei hat der „Vorwärts“ bereits eine vorläufige Antwort auf das Angebot der Industriellen, das einen Verzicht auf den Klassenkampf einschließt, gegeben, in der es u. a. heißt: „Klassenkampf ist die notwendige Auseinandersetzung der aufstrebenden Arbeiterschaft mit der herrschenden Unternehmungsklasse um das soziale Recht. Klassenkampf ist jede Handlung, die zur Hebung des Massenwohlstandes dient, ist der Kampf um den Arbeitsertrag, um den Schutz der Schwachen, um die Geltung im Staat und in der Gesellschaft... Ein Verzicht der Arbeiterschaft auf diesen Kampf wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht auf den Fortschritt. So kann es auf diese Forderung nur eine Antwort geben: ein klares Nein.“ Mit dieser Antwort und mit der darin gegebenen Definierung des Klassenkampfes kann man sich auf vom gewerkschaftlichen Standpunkt vollinhaltlich einverstanden erklären. Ähnlich wurde die Forderung der Industriellen nach einem Verzicht auf den ökonomischen Sozialismus abgewiesen. Eine politische Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Unternehmern könnte es nur auf der Grundlage wahrhafter Demokratie geben. Nicht Führer und Geführte träten einander gegenüber, sondern Menschen und Sachwalter von Organisationen, die wissen, weicht Stück Weges sie zusammengehen können. Im übrigen müsse man auf die Taten der politischen Interessenvertretung der Industrie warten.

Ein Zusammenwirken zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden hat bisher schon auf den verschiedensten Gebieten Platz gegriffen, und wenn als unmittelbarer Erfolg der Rede Dr. Silbersbergs die Erledigung gemeinsamer Fragen zwischen Unternehmern und Arbeitern sich in Zukunft reibungsloser vollziehen sollte, so würde das gerade auf gewerkschaftlicher Seite begrüßt werden. Doch auch in dieser Beziehung besteht nur sehr wenig Aussicht auf Besserung. Das wütende Gefäß der nationalitätlichen und völkischen Meute über die „utopistische Politik des Reichsverbandes der deutschen Industrie“ scheint von über Vorbedeutung zu sein. Aber, wie dem auch sei, für die Gewerkschaften arbeitet die Zeit. Es besteht kein Grund, den Mut zu verlieren. Wenngleich die seit Jahresfrist andauernde, nur langsam abflauende Wirtschaftskrise den Aufstieg der Arbeiterklasse nicht unwesentlich hemmt, die natürliche und lebendige Kraft der Gewerkschaftsbewegung hat sie nicht ersticken können. Ihre Schwächung wird nur eine vorübergehende sein, und das Unternehmertum verreckt sich, wenn es glaubt, der Forderung der Gewerkschaften auf Gewährung einer eingegrenzten Mitbestimmungsrechts in allen Wirtschaftsfragen dauernd Widerstand entgegensetzen zu können.

Die amerikanische Gefahr

Am 2. Juli 1926 brachte die neue „Berliner Zeitung“ einen Artikel von dem bekannten Großindustriellen Arnold Reehberg, in dem er über Pläne der amerikanischen Finanzberichte, die ihm von einem Vertreter der neutralen Hochfinanz mitgeteilt worden seien. In diesem Artikel wies er auf die Gefahren hin, die dem politischen Leben Deutschlands durch die immer größer werdende Einflussnahme des amerikanischen Kapitals droht. In dem Artikel wird gesagt: „Die amerikanischen Pläne beginnen sich nicht nur abzuzeichnen, sie sind in ihrem ersten Teil schon Wirklichkeit geworden. Die deutsche Schwerindustrie, die infolge der Inflation des flüssigen Kapitals ermangelt, bedarf dringend amerikanischen Kredits. Das Haus Dillon Read ist von der Wallstreet und den Stahlmagnaten von jenseits des Ozeans vorgehoben, obgleich es an und für sich selbst sehr kapitalmächtig ist. Das Haus Dillon Read hat nun endlich eine Anleihe für die deutsche Schwerindustrie ausgegeben. Aber es hat diese Anleihe nicht eher aufgelegt, als bis die finanziellen Schwierigkeiten der deutschen Schwerindustrie untragbar geworden waren, und dann nur unter der Bedingung, daß die deutsche Schwerindustrie den Amerikanern ein Optionsrecht auf Aktien, also auf Beteiligungen, einräumt. Die deutsche Schwerindustrie ist zu diesem Zugeständnis gezwungen gewesen, und damit ist der Einbruch der Amerikaner in die deutsche Schwerindustrie zur Tatsache geworden. Die Amerikaner wissen nun genau, daß ihre Anleihe (die übrigens im Verhältnis zu dem tatsächlichen Geldbedarf der deutschen Schwerindustrie knapp bemessen ist) allein noch lange nicht ausreicht, um deren Rentabilität wiederherzustellen, so daß sie die Anleihe verzinsen und amortisieren könnte. Die Amerikaner sehen also neue finanzielle Schwierigkeiten der deutschen Schwerindustrie in sehr absehbarer Zeit voraus, und sie werden dann die Auslieferung weiterer Aktien verlangen, bis sie die Majorität im deutschen Stahltrust und damit die absolute Beherrschung der deutschen Schwerindustrie in Händen haben. Seit sich die deutsche Schwerindustrie hat im Stahltrust konzentrieren müssen, was die Amerikaner als Vorbedingung für jede Anleihe verlangt haben, ist es den Amerikanern leicht gemacht, die absoluten Beherrscher der deutschen Schwerindustrie zu werden. Sie werden das, sobald sie die Aktien-

majorität im Stahltrust in Händen haben. Gleichzeitig wollen die Amerikaner die politische Macht in Deutschland kaufen...“

Weiter wird dann in diesem Artikel geschildert, wie sich diese Beeinflussung auch auf die andern europäischen Länder ausbreiten soll. Dieser erst wenige Wochen alte Artikel gewinnt an Bedeutung, wenn man ihn im Zusammenhang mit einem Buche betrachtet, das bereits in Jahre 1922 von: The Labour Publishing Company Ltd. 6, Tavistock Square, London, herausgegeben worden ist und den Titel führt: „Americanism“ a World Menace (Eine Weltordnung) von W. T. Colyer. Der Interjekt lautet: „Motte und Methoden von Politikern sowie großen Geschäftsleuten (big business men) nebst deren Kreaturen in den Vereinigten Staaten über die Beeinflussung von Menschen. Eine Warnung an die ganze Welt vor diesen Gefahren.“

Das Buch hat ein amerikanischer Arbeiter geschrieben, der wegen seines gewerkschaftlichen Auftretens nach langjähriger Tätigkeit in den Vereinigten Staaten dort ausgewiesen wurde. In einem Vorwort, geschrieben von dem englischen Kommunisten Tom Mann, wird ausgesprochen: Entweder werden wir kommunistisch oder wir werden amerikanisiert. Das Buch will den englischen Arbeiter vor der amerikanischen Gefahr warnen und legt ihm nahe, sich mit Rußland zusammenzuschließen. Sieht man von diesen in sehr sachlicher Weise ausgesprochenen kommunistischen Forderungen ab, die nur im Vorwort und in einem Schlußkapitel ausgesprochen werden, so ist der Inhalt des Buches für die gesamte europäische Arbeiterschaft von der allergrößten Wichtigkeit. Das glänzend geschriebene Buch schildert einmal, was man unter dem amerikanischen Geist zu verstehen hat. Er wird durch das Bestreben des amerikanischen Kapitals gekennzeichnet, ganz zielbewußt beim Amerikaner den Bestand auszufalten und an die Stelle des Bestandes das Gefühl zu setzen. Ständig wird den Menschen suggeriert: „Ihr lebt in einem von Gott ganz besonders bevorzugten Lande (goods own country) und ihr müht euch dieser Ehre würdig zeigen, indem ihr hundertprozentige Amerikaner werdet. Und was hundertprozentige Amerikaner tun, ist richtig.“ Mit diesem Schlagworte kann vom Kapital jede andre Ansicht als nicht hundertprozentig amerikanisch bei der Masse in Verruf gebracht werden, auch wenn sie richtig ist. Man wird ganz unwillkürlich an unsere völkische Bewegung erinnert, die mit dem Worte „national“ das gleiche Spiel treibt. In den einzelnen Kapiteln wird dann geschildert, wie das Schlagwort vom hundertprozentigen amerikanischen Geiste die Demokratie, die persönliche Freiheit, Recht und Gesetz, die Arbeit, die Erziehung, die Religion und die Ethik im Interesse des Kapitals zum Gegenteil von dem macht, was in Europa und besonders in England darunter verstanden wird. In der deutschen Amerikaliteratur, ganz besonders in dem Buch von Schefauer: „Das Land Gottes“, Untertitel: „Das Gesicht des neuen Amerika“, werden ähnliche Dinge, wenn auch in viel milderer Form behandelt. Durch den Massenprozeß in Dayton und Mittelungen über den Clu Flugplan sind ja diese Dinge zum Teil auch bei uns allgemein bekannt geworden. Die Verleisterung der Gehirn, das systematische Ausfalten des Bestandes und das Appellieren an das Gefühl hat in den Vereinigten Staaten Wirkungen gezeitigt, die von einer dem deutschen Gewerkschaftler vollständig unverständlichen Mentalität Zeugnis geben. Das Buch von Colyer wirkt direkt erschütternd durch seine Beispiele.

Es hat wenig Zweck, auf Einzelheiten einzugehen. In einem Lande, in dem jedem der Strohhalm vom Kopfe geschlagen wird, wenn er ihn vor dem allgemein löblichen Tage aufsteht, ist alles möglich, wenn die Menschen nicht denken, sondern sich als Kinder Gottes fühlen, die als Gottes Kinder allein recht haben. Die große Gefahr dieser Mentalität liegt nun darin, daß der amerikanische Kapitalismus den ungeheuren Nutzen erkannt hat, der der systematischen Heranzüchtung eines solchen Zustandes innewohnt. Menschen, die nicht mehr instand sind, selbständig zu denken, die sich durch Schlagworte mit Leichtigkeit leiten lassen, unterwerfen sich widerspruchlos der ihnen von einer feilen Presse als richtig geschilderten Kapitalpolitik. Diese Erfolge veranlassen das amerikanische Kapital, zu versuchen, auch auf die politische Maschine in der alten Welt Einfluß zu gewinnen. Die Gefahr, mit dieser Methode bei uns Erfolge zu erzielen, ist nicht allzu groß. Dazu ist unsere Denkfähigkeit doch schon zu sehr eingesperrt. Dagegen ist es sehr notwendig, die amerikanischen Bestrebungen, den europäischen Völkern das Denken abzugewöhnen und dafür Schlagworte zu setzen, zeitig genug zu erkennen. Daß Ansätze dazu vorhanden sind, den amerikanischen Hundertprozentglauben auch bei uns in Europa zur Geltung zu bringen, ist ja bekannt. Der Faschismus und die völkische Bewegung sind Erscheinungen, die auf diesem Gebiete liegen.

Inwieweit man sich gegen den Einbruch des amerikanischen Kapitals wird wehren können, ist eine andre Sache. Die Vorgänge, die sich gegenwärtig im Farbentwurf abspielen, zeugen meines Erachtens von der Bereitwilligkeit der deutschen Unternehmer, sich mit den Amerikanern über die Verteilung des Profits zu verständigen. Die Bestrebungen der Amerikaner, den Stahltrust unter ihre Botmäßigkeit zu bringen, schildert Reehberg. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird hier das Ringen ebenfalls zu einer Verständigung führen. Das Kapital wird die Internationale auf allen wichtigen Gebieten ohne viel Geschrei in die Praxis überführen, denn eine Verbundung der europäischen Völker im amerikanischen Sinne liegt ja im gemeinsamen kapitalistischen Interesse. Der Widerstand wird nur von einer starken gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung geleistet werden können. Deshalb sollten die in diesem Artikel angebotenen amerikanischen Bestrebungen zur Aufrüttelung auch jener Schichten benutzt werden, die heute noch nicht wissen, wo sie hingehören.

Berlin.

Georg Werner.

Nicht erst in den letzten Tagen des Monats, sondern bis zum 25. September hat jeder gewerbliche Interessent die **Verhellung des „Korr.“ bei der Post** vorzunehmen. Durch Verzögerungen erhob sich der Bezugspreis auf 1,20 M., weil die Post nach dem 25. eines jeden Monats einen Zuschlag von 20 Pf. erhebt. Zustellungsgebühr beträgt 12 Pf.

Nützliche Gespräche über Unfallverhütung

- A.: Du wollest gern etwas über die Hilfeleistung bei elektrischen Unfällen wissen und wie man eine solche vornimmt, ohne selbst Schaden zu leiden.
- B.: Du hastest mir's versprochen.
- A.: Nehmen wir an, daß jemand an einer Leitung mit einer Spannung über 500 Volt hängt. Hier heißt es, sofort an den nächsten Schalter und ausschalten, gegebenenfalls die nächste Schaltstelle benachrichtigen. Dabei Vorfrage treffen, daß der Berunglückte, der nach Ausschalten des Stroms auf den Boden heruntersinkt, sich nicht durch Aufschlagen auf einen harten Gegenstand verletzt.
- B.: Wenn nun der Abgestürzte bewußtlos ist, soll er da zur Verbandstelle geschafft werden?
- A.: Keineswegs, sofort künstliche Atmung einleiten. Die ersten Augenblicke sind ausschlaggebend für die Rettung. Daher nicht etwa Zeit verdröbeln mit Heranziehen von Wiederbelebungsapparaten — Pulmotor, Zuhabad —, sondern gleich die Wiederbelebung nach der Sylvester-Methode vornehmen.
- B.: Wie wird die Sylvester-Methode vorgenommen?
- A.: Man legt den Berunglückten, nachdem man Brust und Unterleib zur Beobachtung freigemacht und etwa beengende Kleidungsstücke gelöst hat, gerade auf den Rücken, schiebt ein Polster unter die Schultern, so daß der Kopf etwas tiefer zu liegen kommt. Aus dem Munde entfernt man etwa vorhandene Fremdkörper, Kautabak, künstliches Gebiß usw., und versucht, die Zunge aus dem Munde zu ziehen und am Rinn festzubinden.
- B.: Ob das wohl immer gelingt?
- A.: Nun, man kann sich die Sache auch etwas vereinfachen, indem man den Kopf des Verletzten stark seitwärts zur Schulter zu dreht, damit der Eingang zum Röhrlapp vergrößert und die Luftzöhre frei wird. Dann kniet man hinter dem Kopf nieder, faßt beide Arme am Ellenbogen-

- gelenk und zieht sie seitlich über den Kopf des Verletzten hinweg. Nach 3 Sekunden bewegt man die Arme wieder abwärts und drückt die Ellenbogen etwas gegen die Brustseite, dann wieder kleine Pause. Am die Pausen gut einzuhalten, kann man zählen: 101, 102, 103; jede Zahl eine Sekunde. Die ganze Bewegung darf nicht schneller geschehen als höchstens fünfsechsmal in der Minute.
- B.: Wie lange soll man nun diese Übung fortsetzen?
- A.: Ohne Unterlaß, stundenlang, bis die natürliche Atmung eintritt oder der Arzt erscheint, der das Weitere anordnen kann. Es ist schon vorgekommen, daß nach vielen Stunden erst die Wiederbelebung eingetreten ist. Von Zeit zu Zeit reibt man auch Föhne und Unterleib mit einem warmen, rauhen Tuch oder mit einer Bürste.
- B.: Gibt es nicht noch andre Wiederbelebungsverfahren?
- A.: Ja, sie sind aber nicht ganz ungefährlich und haben unter Umständen Beschädigung der inneren Organe zur Folge, weshalb sie am besten nicht angewandt werden. Bei Spannungen bis zu 500 Volt kann der Helfer versuchen, den an der Leitung Klebenden wegzuziehen, falls nicht ein Ausschalter in der Nähe ist. Dieses muß natürlich vorsichtig geschehen. Man stellt sich selbst auf ein trockenes Brett, umhüllt seine Hände mit Lössern und faßt den Verletzten keineswegs an einem blanken Körperteil, sondern einem Kleidungsstück an.
- B.: Kann man dazu nicht Gummihandschuhe und Gummiföhne gebrauchen?
- A.: Gewiß, wenn sie vorhanden und in gutem Zustande sind; denn bekanntlich haben Gegenstände aus Gummi nur beschränkte Lebensdauer. — Bei Bewußtlosigkeit ist ebenfalls sofort künstliche Atmung einzuleiten.
- B.: Wenn nun der Berunglückte starke Brandwunden hat, ist da eine besondere Behandlung nötig?
- A.: Die gleiche, wie bei normalen Brandwunden, man bedeckt die Wunden mit der Brandbinde. Elektrische Brandwunden sehen immer gefährlicher aus, als sie tatsächlich sind; sie heilen verhältnismäßig schnell und gut ab. Bg.

Zur Weisigertwahl

Die Wahl der Weisiger zum Verbandsvorstand begegnete diesmal besonderem Interesse unter den Handsehern. Und das mit Recht. Wer am gewerkschaftlichen Leben interessiert ist, dem kann diese Frage nicht gleichgültig sein. Ich nehme als praktisch tätiger Handseher für mich in Anspruch, bei Beurteilung dieser Angelegenheit das Wohl und Wehe meiner Kollegen über alles zu stellen. Mit voller Rücksicht habe ich erst die Ansicht anderer Kollegen aufmerksam gehört und die Verarmung der Handseherfunktionäre sprechen lassen. Hierbei sei bemerkt, daß ich selbst in dieser Versammlung gemachten Vorschläge unterstützt habe, weil ich die Meinung der Mehrheit der Kollegen achte.

Die Ansicht des Kollegen Grams scheidet für mich von vornherein aus, weil nicht nur das entgegengebrachte Vertrauen für die Wahl der Weisiger maßgebend sein kann. Der vom Nürnbergerverbandsrat aufgestellte Grundsatz, daß die Weisiger in erster Linie Handseher und im Beruf tätig sein müssen, muß eingehalten werden. Es ist selbstverständlich, daß ein Maschinenseher oder Korrektor nicht die Interessen der Handseher wahrnehmen kann. Dennoch vermag ich den Ausführungen der Kollegen Fiedler und Pfeiff in „Korr.“ in dieser Frage nicht in allen Einzelheiten zu folgen. Ich bin der Ansicht, daß der Begriff „im Beruf tätig“ vom Verbandsrat in Nürnberg nicht so eng gefaßt werden sollte, wie es in der Praxis geschieht. Wenn man nämlich als im Beruf tätig nur denjenigen betrachtet, der praktisch am Raster tätig ist, so kann das sehr oft zu unliebsamen Konsequenzen führen. Es wäre dann in diesen Fällen nicht einmal möglich, Betriebsräte als Weisiger zu wählen. Außerdem würden sich auch außerhalb der Amtsperiode wiederholte Neuwahlen notwendig machen, die sicher nicht im Interesse der Handseher liegen. Es muß uns darum zu tun sein, Kollegen in die Funktionen der Weisiger einzuweisen, von denen wir wissen, daß sie für ihre Berufskollegen das Beste einzusetzen bestrebt sind. Dann darf man aber auch nicht bei jeder Veränderung, zu der ein Weisiger gezwungen ist, diesen achlos beiseite stellen. Meines Erachtens könnte man also auch einen Kollegen, der als Handseher angestellt ist, in eine Organisation (nicht einer Krankenkasse oder dergleichen) geworden ist, als noch im Beruf tätig ansehen. Auch ein Angestellter unseres Verbandes wird bei ehrlichem Willen — und das sehen wir bei jedem Weisiger voraus — die Verbindung mit den Kollegen in den Betrieben aufrechterhalten können.

Es sei darauf hingewiesen, daß wir dadurch vielleicht sogar ein Gegengewicht gegen die Auffassung der Unternehmer erschaffen. Die Unternehmer werden sicherlich recht froh sein, wenn wir Angestellte unserer eignen Organisation grundsätzlich von den Funktionen der Weisiger ausschließen. Aber noch eine Frage muß aufgeworfen werden: Wird es Kollegen, die praktisch als Handseher am Raster tätig sind, immer möglich sein, Vertretung bei Streitigkeiten vor dem Gewerbeamt zu übernehmen, an Lohnverhandlungen teilzunehmen, den Verbandsvorstand auf Gattungen oder bei sonstigen Anlässen zu vertreten?

So komme ich zu dem Schluß, daß man in der Frage der Berufstätigkeit im Interesse des Verbandes und nicht zuletzt auch im eigenen Interesse der Handseherkollegen etwas großzügiger sein sollte. Das ist im Beispiel bei unseren Sparten längst der Fall. Mögen nun auch diese von ehrlichem Willen getragenen Darlegungen für die Zukunft die notwendige Beachtung finden.

Berlin.

K. Wunderlich.

Der letzte Versuch

Die vom Kollegen Grams in „Korr.“ veranlaßte Diskussion über die Wahl der Handseherweisiger zum Verbandsvorstand hat gezeigt, daß er mit seiner Meinung allein steht auf weiter Flur. Er unternimmt deshalb in Nr. 71 noch einen letzten Rettungsveruch, aber, wie mir scheint, will, ohne seiner Sache zu dienen. Er weicht vom Thema ab. Was er über meine Stellung zum Bildungsverband sagt, mag sein Geheimnis bleiben. Ich habe in dem Bildungsverband immer nur eine vorbildlich geleitete Bildungsorganisation gesehen, auf die wir Buchdrucker stolz sind. Seine sachliche Feststellung, daß ein Beschluß in der debattierten Frage nicht zu finden sei und daß Kollege Barböckst den von ihm aufgegriffenen Antrag zurückgezogen habe, will ich dahin aufklären, daß der Antrag gegenstandslos geworden war und seine Zurücknahme erfolgte, nachdem Kollege Seib erklärt hatte: „Wir nehmen ohne weiteres an, daß die Kollegen, die von der Mitgliedschaft Berlin gewählt werden, aus dem Beruf herausgenommen werden.“ Also liegt der fundamentale Irrtum nicht bei mir, sondern beim Kollegen Grams. — Damit ist die Debatte für mich abgeschlossen. Was G. sonst noch auf dem Herzen hat, können wir, da wir ja gützlich als Brüder einträchtig beieinanderwohnen, mündlich erledigen. Aber vermeintliche Irrtümer zu streiten, würde uns Endlose führen und nur den Eindruck der sachlichen Debatte verwischen. Das möchte ich aber im Interesse der Sache vermeiden.

Berlin.

Dito Fiedler.

Am Ende der Schriftleitung. Hiermit erklären wir die Debatte über das oben erwähnte Thema „Die Wahl der Handseherweisiger zum Verbandsvorstand“ für abgeschlossen. Die endgültige Entscheidung liegt nunmehr in den Händen der Berliner Handseherkollegen. Am Schlusse ist bereits die Kandidatenaufstellung im Sinne der in „Korr.“ vertretenen Auffassung erfolgt. (Siehe „Korrespondenzen“.)

Wer ist zur Haltung von Lehrlingen befugt?

Die in Nr. 69 des „Korr.“ in zwei Artikeln angechnittene Frage der Einstellung und Haltung überprüfbarer Lehrlinge in Buchdruckereien, namentlich in solchen der Provinz, in denen oft nur zwei bis drei Gehilfen beschäftigt sind, die mit der „Ausbildung“ von sechs bis sieben Lehrlingen betraut werden, veranlaßt mich, der Frage der Anstellungsbefugnis von Lehrlingen näherzutreten.

Bekanntlich sind an die Befugnis zur Ausbildung von Lehrlingen in handwerksmäßigen Betrieben Bedingungen geknüpft, die in der Novelle zur Gewerbeordnung vom 30. Mai 1908 (in Kraft seit 1. Oktober 1908) des näheren dargelegt sind. Normalerweise steht danach das Recht, Lehrlinge auszubilden, nur solchen Personen zu, die die Meisterprüfung in ihrem Berufe bestanden haben. Ausnahmen sind bloß unter besonderen Umständen, und zwar nur mit Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde nach vorheriger Anhörung der zuständigen Handelskammer bzw. Innung zulässig.

Es wäre nun meines Erachtens geboten, in Fällen, wie den in Nr. 69 geschilderten, besonders darauf zu achten, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind; ich glaube, daß sich bei der Prüfung der geforderten Befähigungsanforderungen gewiß herausstellen würde, daß eine ganze Anzahl von Prinzipalen kleinerer Druckereien, die ihren Beruf handwerksmäßig ausüben (unter Handwerksbetrieben sind Betriebe zu verstehen, deren Gesamtpersonal nicht mehr als 20 Personen umfaßt), diesen Befähigungsnachweis weder selbst besitzt noch auch einen zur Anleitung von Lehrlingen befugten Gehilfen beschäftigt.

Hier wäre also in erster Linie der Hebel anzusetzen, um solchen skandalösen Lehrlingsuchanstalten in Zukunft jede Möglichkeit zu nehmen, auf Kosten der bebauenswerten Betroffenen sich ungesetzlicher Weise zu bereichern.

Ich glaube damit einen Weg gewiesen zu haben, um den in dieser Hinsicht ungewöhnlichen Vorschriften des Gesetzes Geltung zu verschaffen.

Berlin.

S. u. S. Ziegler.

Die Wohnungsbaufrage

Wohl kein Problem, das uns die Zeitgeist stellt, dürfte wichtiger sein als das des Wohnungsbaues, zumal die Wichtigkeit und Gegenwart viel geredet und geschrieben, aber wenig getan wurde, sehr eng mit der Frage der Wohnungsproduktion zusammenhängt, überhaupt erst eine, wenn auch nur teilweise Lösung finden kann durch eine stark vermehrte Bautätigkeit. Wie bei allen Problemen, so ist auch bei den Erweiterungen über die Hebung der Wohnungsnot keine einheitliche Auffassung vorhanden, da sich nicht hier wie überall die Interessengegenstände einander gegenüberüberstehen. So ist es nicht weiter verwunderlich, wenn die kürzlich in Düsseldorf abgehaltene Tagung des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine wie schon früher so auch diesmal wieder die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen forderte, von der man von jener Seite eine Hebung der Wohnungsnot erwartet. Man weist auf die übrige Zwangswirtschaft in der Kriegs- und Nachkriegszeit hin und glaubt, daß auch in der Wohnungswirtschaft es nur der Aufhebung der einengenden Vorschriften bedürfte, um im freien Spiel der Kräfte der Wohnungsnot ein Ende zu bereiten. Diese Ansicht ist nach mehr als einer Seite hin irrig.

Zunächst ist festzustellen, daß eine Zwangswirtschaft doch nur für die ersten Wohnungen besteht, indem alle Wohnungen, die nach dem 1. Juli 1918 durch Neu- oder Umbauten bezugsfertig wurden, keinerlei Beschränkungen unterliegen, weder in der Höhe des Mietzinses (indem das Reichsmietengesetz keine Anwendung findet), noch bezüglich des Kündigungsschutzes durch das Mieterchutzgesetz, in Wahrheit also für alle diese Räume eine vollständig freie Marktfrage besteht. Trotzdem wird auf dem privatwirtschaftlichen Wohnungsbau nur ganz wenig geleistet. Das hat seine Gründe, sicher aber andere, wie die Vertreter des Hausbesitzes angeben. Denn letztere argumentieren so: Solange nicht eine Angleichung der Mieten in den alten Wohnungen an die durch die erhöhten Gestellungskosten der neuen Wohnungen bedingten Mieten erfolgt, solange wird nach den neuen, erheblich teureren Wohnungen keine Nachfrage sein, sie werden leer stehen und dem Eigentümer erhebliche Verluste, wenn nicht gar den Ruin bringen. Tatsächlich ist denn auch die Nachfrage nach neuen, durch Privatkapital erstellten Wohnungen nur ganz gering und viele stehen oft monatelang leer, weil die Eigentümer keine Mieter finden, die die geforderten Mieten zahlen können. Das liegt jedoch nicht an den niedrigeren Mieten der alten Wohnungen, sondern an der einfachen Tatsache, daß bei den heutigen Einkommensverhältnissen der großen Masse des Volkes diese hohen Mieten einfach nicht aufgebracht werden können. Nicht einmal von den verhältnismäßig günstig bezahlten Lohnarbeitern, geschweige denn von den bloß bezahlten oder gar dem großen Heere der Erwerbslosen.

Daran wird sich nicht das geringste ändern, wenn durch Beseitigung der Zwangswirtschaft auch die Mieten der alten Wohnungen auf die Höhe der neuen sinken. Im Gegenteil, dann wird die Lage der breiten Volksschichten noch unfaßbarer werden als sie heute schon ist. Sicher werden diejenigen Kreise, die heute die restlose Beseitigung der

Zwangswirtschaft fordern, nicht dafür eintreten, daß den vermehrten Mietlasten gemäß auch eine Einkommenserhöhung erfolgt; sie werden das ebensowenig tun, wie ihre Vertreter in den Parlamenten nicht für erhöhte Unterstellungen an die Erwerbslosen und sonstigen Unterstellungsempfänger eintreten, damit diese ihre Mieten bezahlen können. Und doch erlebt man es bei den Beratungen in den Mietschöffengerichten immer wieder, daß die Hausbesitzerhöfen argumentieren, das Reich und die Gemeinden müßten die Unterstellungen erhöhen, damit die Unterstellungsempfänger ihre Mietverpflichtungen erfüllen könnten. Das ist in dem Munde jener Leute nicht nur eine hohe Phrase, sondern eine blutige Ironie, da es jenen Kreisen ja gar nicht einfällt, ihre Worte in die Tat umzusetzen, dort, wo die Möglichkeit dazu gegeben ist.

Wir sehen also, daß die Frage des Wohnungsbaues nicht eine Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft über die alten Wohnungen, sondern neben andern Erscheinungen eine Frage der Kaufkraft der breiten Massen ist. Selbst den Fall gesetzt, daß die große Masse des Volkes kaufkräftig genug wäre, um die hohen Mieten zu ertragen, würde alsdann mit einer umfangreichen privatwirtschaftlichen Wohnungsproduktion gerechnet werden können? Diese Frage muß verneint werden. Denn der privatwirtschaftliche Wohnungsbau ist ebenso wie alle andern privatkapitalistischen Produktionen eine Frage der Rentabilität, und zwar beim Wohnungsbau ganz besonders eine Rentabilität auf eine gewisse Zeit. Es soll nicht einmal so großes Gewicht auf die Feststellung gelegt werden, daß schon vor dem Kriege der private Wohnungsbau nicht in der Lage war, der minderbemittelten Bevölkerung die notwendigen Wohnstätten zu beschaffen, da die Schwierigkeiten in der Beschaffung zweiter Hypotheken sehr groß waren. Weit bedeutender ist für das Wohnungsbauproblem der Gegenwart die uniherrliche Höhe der Baukosten. Zwar sind diese in den letzten Monaten zurückgegangen, doch sind sie auch heute noch um etwa 70 Proz. höher als vor dem Kriege, wenn man die besonders hohen Zinssätze für langfristige Baugelder in Betracht zieht. Die Beschaffung von Geldern für zweite Hypotheken ist heute aber noch viel schwieriger als vor dem Kriege, solche sind ohne öffentliche Bürgschaft meist gar nicht zu erhalten. Da aber bestimmt damit zu rechnen ist, daß die Baukosten noch weiter sinken werden, zumal die neuen Arbeitsweisen der fabrikmäßigen Herstellung der Bauteile sich erst im Anfangsstadium befinden, so entsteht für den Eigentümer privat erstellter Mietshäuser die Gefahr schwerer Verluste in späteren Zeiten mit billigeren Baupreisen. Ein Beispiel: Ein Mietshaus, das vor dem Kriege 30 000 M. kostete, wird unter den jetzigen Verhältnissen rund 60 000 M. Baupreis erfordern. Wenn nun in zehn Jahren ein solches Haus bloß um 20 Proz. billiger erstellt werden kann, also für 48 000 M., so bedeutet das, gleichzeitig auch um 20 Proz. billiger Mieten; im freien Spiel der Kräfte wird immer derjenige den Vortrang haben, der bei gleicher Güte am billigsten ist. In unserem Beispiel wird also der Eigentümer mit der hohen Miete die Räume leer stehen lassen, wenn wieder genügend Wohnungen vorhanden sind, oder sie zur gleichen Miete wie die Konkurrenz abgeben müssen. Das bedeutet aber, daß 10 000 M. des Baupreises weder verginst noch amortisiert werden können, also für den Eigentümer völlig verloren sind. Das wird in vielen Fällen gleichbedeutend mit seinem Ruin sein. Es ist eben mit Wohnungen etwas anderes als mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, die man täglich einkauft und wieder verkauft. Bei Wohnungen wird der Erstbelegungs(Einkaufs-)preis meist erst nach 50 Jahren bei zweiprozentiger Tilgung restlos in die Hand des Eigentümers geflossen sein (abgesehen von seinem Gewinn auch während der Tilgungszeit). Ein wesentlich höherer Tilgungsprozentsatz zur Verminderung des Risikos ist mit Rücksicht auf die Mietpreisbildung wirtschaftlich überhaupt nicht tragbar. Deshalb muß ein Vergleich der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen mit der früheren anderweitigen Zwangswirtschaft unbedingt sinken. Von einem teuer erstellten Haus kann man nachher höchstens die Zinsenlast vermindern durch Kündigung der Hypotheken und Aufnahme billigerer. Die Kapitalschuld selbst bleibt in ihrer vollen Höhe und wird dem Eigentümer erdrücken, wenn die Konkurrenz billiger baut. Das wissen auch jene Kreise, die stets so laut die Aufhebung der Zwangswirtschaft zur Beseitigung der Wohnungsnot fordern. Und sie geben es vielfach auch zu, wenn man sie auf diese Dinge aufmerksam macht, wie Schreiber dieses schon wiederholt feststellen konnte, und generieren sich auch gar nicht, im kleinen Kreise selbst zu sagen, daß sie auch bei dem nötigen Kapitalbesitz gar nicht daran dächten, Kleinwohnungen zu bauen.

So ist der fortwährende Schrei nach Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht aus der Sorge um den Wohnungsneubau geboren, sondern lediglich aus der Sehnsucht nach unbeschränkter Mietzinsbildung, die bei der herrschenden Wohnungsnot zu einem glänzenden Geschäft für jene Kreise würde, die durch die Inflation meist drei Viertel ihrer Hypothekenschulden getilgt erlebten. Auch ihre Einwände über die Eingriffe in das durch die Verfallung geschlichte Eigentum ist ebenso abwegig. In vielen Fällen war eigentlich der Hypothekengläubiger der eigentliche Bestzer, wenn auch nicht im juristischen Sinne. Denn des Eigentümers Eigenkapital am Hause betrug oft nicht mehr als 20 Proz., während meist 80 Proz. Leihkapital war, das nun durch die Aufwertungsgehe auf 25 Proz. seines früheren Wertes herabgesetzt wurde. Hier machte der Eigentümer auch ebenfalls einen Eingriff in das Eigentum des Hypothekengläubigers. Wir sehen also, daß auch dieser Ein-

wand nur vom Interessenstandpunkt jener Kreise diktiert ist und ebenfowenig wie alle anderen einer kritischen Prüfung standhalten kann.

Auf welche Weise kann denn nun die Wohnungsfrage überhaupt gelöst werden? Nicht anders als durch eine von großzügigen Gesichtspunkten geleitete öffentliche Wohnungsproduktion und durch starke Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus. Hierzu sind naturgemäß umfangreiche Mittel notwendig, die aber beschafft werden könnten, wollte man die Hauszinssteuer in ihrem gesamten Aufkommen zum Wohnungsbau verwenden. Die unterschiedliche Besteuerung der Altwohnungen durch die Hauszinssteuer ist in Anbetracht der verkehrswidrigen sozialen Lage der Mieter sicher ungerecht, weit ungerechter ist jedoch die Verwendung eines großen Teiles der Hauszinssteuer für allgemeine Finanzzwecke. So selbstverständlich es ist, daß die Besitzer von Altwohnungen dazu beitragen müssen, damit auch die Wohnungslosen zu einer Behausung kommen, so selbstverständlich es weiter ist, daß eine solche Besteuerung des durch die Inflation teilseitsinduzierten Hausbesitzes bei den gegenwärtigen Verhältnissen die einzige Möglichkeit ist, die umfangreichen Mittel zu beschaffen, so unerhört ist es, daß diese Mittel nicht restlos zum Wohnungsbau verwendet werden. Die bürgerlichen Parteien haben an diesem Zustand die alleinige Schuld.

Durch erhöhte Zuwendungen von Hauszinssteuerhypotheken mit billigen Zinssätzen an die Baugenossenschaften wären diese in der Lage, noch billiger zu bauen und die Mietern der Neuwohnungen näher an die Mietere der Altwohnungen zu bringen. Noch viel leichter wäre dies den öffentlichen Körperschaften möglich, denen ja die Mittel in Form der Hauszinssteuer in die Kassen fließen, also nicht erst in der Hauptfache fremde Mittel zu leihen brauchen. Wenn man weiter erwägt, welche Mittel in der Erwerbslosenfürsorge erspart würden durch eine Entlastung des Arbeitsmarktes als Folge stark vermehrter Bautätigkeit, so kann gar nicht oft genug verlangt werden, endlich einmal mit einem großzügigen Wohnungsbau zu beginnen. Da sollten sich die maßgebenden Kreise nicht irren machen lassen von dem Gefühl einer kleinen Interessentenschiefe, deren Schrei nach restloser Aufhebung der Wohnungswirtschaft verständlich wäre, wenn sie ehrlich aussprechen würden, was ist, nämlich daß sie lediglich ihren wirtschaftlichen Vorteil im Auge haben. Ihre vorgeschlagene und die Beseitigung der Wohnungsnot ist im Zusammenhang mit ihrer Forderung nach Aufhebung der Wohnungswirtschaft nichts anderes als eine schlecht verborgene Heuchelei.

Es gibt eben für die Gegenwart und die nahe Zukunft (wenn nicht gar für immer) keine andere Möglichkeit, das Wohnungsproblem zu lösen, als durch den öffentlichen Wohnungsbau, deshalb sprechen alle Erwägungen gegen eine baldige Freigabe der öffentlichen Wohnungswirtschaft.

Düsseldorf.

A. d. M. a. y.

Korrespondenzen

Mugsburg. (Drucker — Vierteljahrsbericht.)

In unserer Versammlung am 12. Juni behandelte Kollege Brenner das Thema „Einfeltnische Zurückkunft“, welches mit großem Interesse aufgenommen wurde und zu lebhafter Aussprache anregte. — Am 25. Juni berichtete Kreisvorsitzender Höhr über den letzten deutschen Druckerkongress. Unter Punkt „Technisches“ erläuterte er die Herstellung von Klettstichmaschinen für Zeitungsdruk mittels der Kreidereiherzeugung von Lantes & Schwärzler, ferner gab er interessante Aufschlüsse über den Zylinderdruck. — Eine praktische Vorführung des Zylinderdrucks und der Herstellung der mechanischen Kreidereiherzeugung unternahm Kollege Höhrle am 24. Juli, nachmittags, in den Räumen der Firma Haas & Grabher. Für das freundliche Entgegenkommen sei Herrn Direktor Haas auch hiermit gedankt. — Unsere Halbjahrs-generalversammlung, bei der die Bezirksdrucker Dillingen und Nordlingen vertreten waren, fand am 25. Juli statt. Nach Erstattung des Vorstands- und Kassensberichts fand eine interne Angelegenheit ihre Regelung. Den Schluß bildete ein Rundgang durch eine Ausstellung von Qualitätsarbeiten dreier hiesiger Firmen.

z. Berlin. (Versammlung der Handseherfunktionäre am 6. September im „Gewerkschaftshaus“.) Auf der Tagesordnung stand die Aufstellung von Kandidaten zur Wahl der vier Handseherbeisitzer im Verbandsvorstand. Unwiderrspochen konnte der Vorsitzende Braun einleitend feststellen, daß ein Bericht der bisherigen Beisitzer, Barth, Brümmer, Fiedler und Kiesebeck, sich erübrige, da ihre Tätigkeit in der des Gesamtverbandes enthalten und durch den Verbandstag gebilligt worden sei. Ohne jede Debatte wurden folgende Kollegen in Vorschlag gebracht: Otto Fiedler (Sausdrucker bei S. J. W.), Karl Ritziger (Witzenstein), Artur Pohl (Reichsdrucker), Otto Pieper (Triasdruck), Hermann Raab (Schade), Theodor Wölgel (Wolfe). Drei weitere Vorschläge fanden nicht die vorgeschriebene Unterstützung. Alle Betriebe haben ab Freitag, den 10. September, die Stimmzettel abzuholen. Die Auszählung findet am Montag, dem 20. September, bei Venning statt. Zum Schluß sprach der Vorsitzende den ausstehenden Beisitzern den wärmsten Dank der Kollegenschaft für ihre Arbeit aus und verband damit den Wunsch, daß sie auch fernerhin am Ausbau der Organisation mitwirken mögen.

Bremen. (Maschinenseher.) In Verden a. d. Aller tagte am Sonntag, 8. August, die Herbstversammlung des Bezirks Bremen-Aller-Weser des Maschinensehervereins, Nordwest. Der Vorsitzende des Vereins, Kollege Wilhelm, erstattete den Bericht vom fünften deutschen Maschinenseherkongress. In der Diskussion wurde die

fort geleistete Arbeit voll gewürdigt und zum Ausdruck gebracht, daß die Maschinenseher sich voll und ganz für die Durchführung der dort gefassten Beschlüsse einsetzen würden. Nach Erledigung der übrigen Tagesordnungspunkte gab Vorsitzender noch unter „Technischem“ einen Überblick über die neuere Entwicklung auf dem Schmalzinnengebiet. Aufmerksamkeit folgten die Anweisungen diesen Ausführungen, die das ureigenste Gebiet der Maschinenseher betrafen, und dankten durch Beifall. Die wichtige und interessante Tagesordnung und der Verlauf der Versammlung hätten eine bessere Beteiligung gewünscht, und es ist bedauerlich, daß einige Orte gar nicht vertreten waren.

Bezirk Eisenach. Unre zweite diesjährige Bezirksversammlung am 15. August in Eschungen war von 150 Kollegen besucht. Einleitend überarbeitete der „Vorsitz“ Eschungen die Versammelten durch den erakten und klarschönen Vortrag zweier Kreisbeisitzer. Nach herzlichem Dankes- und Begrüßungswortens unsres Bezirksvorsitzenden Mike erfolgte die Berichterstattung von 13. Verbandsstag in Berlin durch unsern Gauvorsitzer Wilsa u. g. Ausgehend von der Begrüßungsfeier im Großen Schauspielhaus ging der Redner zu den Fragen des Verbandstages über. Er verstand es, die bereits im „Korr.“ veröffentlichten Berichte über den Verbandstag durch sehr interessante Mitteilungen zu ergänzen. Der anerkennende Beifall der Versammlung zeigte, daß die Kollegen mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden sind. Der Kassensbericht fand einstimmige Annahme. Ein Antrag Göttha, Herabsetzung des Bezirksbeitrages betreffend, wurde unter Berücksichtigung der zeitlichen Verhältnisse von einer großen Mehrheit abgelehnt. Eine längere Debatte entspann sich über einen weiteren Antrag Göttha, laut dem bei Verbandsfestlichkeiten davon abgesehen werden soll, Vertreter von städtischen oder Staatsbehörden, die als bekannt arbeitserheblich gelten, als Gäste zu laden. Als Anlaß hierzu wurden Vorkommnisse angeführt, die sich auf dem Gautag in Koburg und gelegentlich einer Verbandsfeierlichkeit in Langenlarsa abgepielt haben. Die Abstimmung ergab Ablehnung auch dieses Antrags. Beschlossen wurde die Abhaltung eines Jungbuchsdruckerkongresses im Herbst am Borcke. Den teilnehmenden Jungbuchsdruckern wurde ein Zuschuß aus der Bezirkskasse bewilligt. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden glatt erledigt. Als nächster Tagungsort wurde Ruhla gewählt. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen. — Der Nachmittag vereinte die Kollegen mit ihren Angehörigen zu einigen echt kollegial gemühtlichen Stunden.

St. Georgen (Schwarzwald). Für Sonntag, den 8. August, hatte der Bezirksvorsitzende des Bezirks Lahr eine Versammlung einberufen für die Druckerorte Sornberg, Triberg, St. Georgen und Billingen zwecks Berichterstattung vom Berliner Verbandstag. Kollege Heppeler (Billingen) eröffnete die Versammlung und erteilte nach Begrüßungsworten dem Referenten-Bezirksvorsitzenden Reibel (Lahr) das Wort. In eingehenden Ausführungen verbreitete sich der Redner über die Verhandlungspunkte und -ergebnisse des Verbandstages. Reicher Beifall lohnte ihm für seine auffällende Berichterstattung. In der anschließenden Diskussion wurde Kritik an den Unternehmungsentscheidungen des Verbandes geübt und betont, man hätte den Kollegen in bezug auf die Anrechnung der Kriegsdienstzeit mehr Rechtigkeit widerfahren lassen sollen. Ein weiterer Redner trat für die Interessen der Maschinenseher ein und verlangte für die nächste Tarifberatung Herauslösung der Maschinenseherzuschlags und Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf sieben Stunden. Redner sprach sich anerkennend über die Leistungsorganisation aus und bat, alles zu tun, um die Befehlinge zu rechten Gewerkschaften und Berufslogen zu erziehen. Beifall bebauert wurde der Umstand, daß unter den vielen iporischen und andern Berufsaustellungen der Versammlungsbesuch, namentlich seitens der jüngeren Kollegen, oft sehr zu leiden hat. Ein Redner gab seiner Freude über den Bau des Verbandshauses Ausdruck, welches die Macht des Verbandes veranschaulicht. Den Zylinderdruckband lehnte derselbe ab. Auch der Bildung neuer Sparten setzte sich der Sprecher entgegen, besondert, daß man nicht einen Verband im Verbandsverbande brauchen könnte. In seinem Schlusswort gab Kollege Reibel noch manche Erläuterung und wünschte den geforderten Siebenstundentag nicht nur für die Maschinenseher, sondern für alle Kollegen als Allgemeinforderung des Verbandes. Bevor man aber solche Forderungen erhebe, müsse dafür gesorgt werden, daß die Überstunden verschwinden. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten des Bezirks Lahr besprochen waren, schloß der Versammlungsleiter Kollege Heppeler (Billingen) mit Dank an den Bezirksvorsitzenden und die anwesenden Kollegen die Versammlung.

Halle a. d. S. In der Ortsvereinsversammlung am 13. August widmete der Vorsitzende zwei verdorbenen Mitgliedern ehrende Worte, die Versammlung ehrte ihr Andenken in hergebrachter Weise. Als dann entrollte der Vorsitzende ein Bild der Arbeitslage am Orte: der zehnte Teil der Mitglieder ist arbeitslos; 24 sind ausgekueert, 20 nicht bezugsberechtigt. Die Versammlung stimmte dem Vorlag des Vorstandes, des Extrakturentschlusses zu gewähren, zu: für Ausgesteuerte (verheiratete) 20 M. und (ledige) 10 M., für Nichtbezugsberechtigte 10 und 5 M. Als Beisitzer im Gauvorstand fungieren die ausstehenden Kollegen Witz und Spröte weiter, da nur ein Vorlag auf Wiederwahl gemacht und die Urwahl dadurch hinfällig wurde. Weiter stimmte die Versammlung der Beteiligung am Gewerkschaftsfest am 29. August zu. Für die Fahrt nach Berlin zur Beschichtigung des Verbandshauses ist das Osterfest 1927 festgelegt worden, den Mitgliedern wird angetragen, in den Betrieben zu diesem Zwecke Spartenlisten einzurichten. Auch aus den Ortsvereinen des Bezirks sind Anfragen wegen Beteiligung eingelaufen, so daß die Veranstaltung für den ganzen Bezirk arrangiert werden wird. Alle Beschlüsse in der Versammlung wurden einstimmig gefaßt, so daß erfreulicherweise ein ruhiger und sachlicher Verlauf der Versammlungen wieder gewährleistet ist, was auch zur Hebung der Kollegialität und des Versammlungsbefunds beitragen dürfte.

Hamburg. Am 8. August vereinte die Norddeutsche Maschinenseherverein seine Mitglieder zu seiner ersten

Wanderversammlung seit 1914 in Lüneburg. Bei herrlichem Wetter wurden die Hamburger Kollegen mit ihren Damen am Sonntagmorgen bei zahlreicher Beteiligung von den Lüneburger Kollegen empfangen. Während die Damen die alte Stadt besichtigten, begaben sich die Kollegen, nachdem sie dem historischen Kaufhaus und der von Sternschen Buchdruckerei einen Besuch abgestattet hatten, zur Versammlung ins „Volkshaus“. Eingeleitet wurde die Versammlung durch ein Festlied eines dreifachen Quartetts der Lieberhof „Gutenberg“ (Hamburg). Nachdem Kollege Raitho (Hamburg) und Kollege Wiegand (Lüneburg) die Kollegenschaft begrüßten, nahm der letztere das Wort zu seinem Vortrage: „Die Sparten auf dem Verbandsstag“. Er wies in seinen interessanten Ausführungen vor allem darauf hin, daß der Verbandsvorstand sich ganz entschieden gegen jede Sonderforderung irgendeiner anderen Sparte wandte und sich für unreife alte, durch die Ränke der Prinzipalität abgebaute Forderung von 25 Proz. Aufschlag bei der nächsten Tarifverhandlung einsetzen würde. Ganz besonders geistelte er das Überstundenwesen, das von dem Verbandsstag ganz energig verworfen wurde. Am Schluß seiner Ausführungen betonte Kollege Wiegand, daß nur der innige Zusammenhalt der Kollegen im Verband und die Standhaftigkeit jedes einzelnen unsrer Arbeit ersprießlich sein könne. Lebhafter Beifall lohnte seine interessanten Ausführungen. Nach Bewilligung des Fahrgeldes und der Berichterstattung des Obmannes der Technischen Kommission Kollege Pieczyl (Hamburg) schloß Kollege Raitho die Versammlung. — Während sich die Kollegen am Nachmittag mit ihren Damen zu einem Spaziergang in die schöne Umgebung Lüneburgs aufmachten, vereinigte man sich des Abends zu einem frohen Tanztänzen. Mit einem Hoch auf den Verband schloß diese erste Wanderversammlung nach dem Kriege. Für die Mühe und Liebe seit den Lüneburger Kollegen an dieser Stelle nochmals gedankt.

Hindenburg (Oberrhein). In der am Sonnabend, dem 14. August, abgehaltenen Monatsversammlung des Ortsvereins rief die Frage des Herbstgewerkswesens wieder eine lebhafte Diskussion hervor. Es wurde beschloffen, im Gewerkschaftskartell dahin zu wirken, daß der Kartellvorstand beim Magistrat Schritte unternimmt, um auch in Hindenburg wie in vielen anderen Städten eine derartig soziale Einrichtung aus städtischen Mitteln ins Leben zu rufen. Zu dem in Oberhiesing in besonders hoher Wüte stehenden Kapitel Schmutzkonturrenz kam ein äußerst drastischer Fall zur Sprache, indem für eine Druckerei bei einer ungefähren 70prozentigen Berechnung nach dem Druckpreistarif die Firma Neumann (Gleiwitz [„Wanderer“]) nicht einmal die Hälfte verlangte und die Firma Schütz Nachf. (Gleiwitz) noch um einige Mark billiger war. Es ist außerordentlich charakteristisch, wie diese Herrschaften ihre selbstgeschaffenen Gesetze mit Füßen treten. Die Angelegenheit wird natürlich an die hierfür zuständigen Stellen weitergeleitet. Die schon vor längerer Zeit beschlossene Tagestour nach Rauden fand am Sonntag, dem 22. August, statt. An Stelle des nach Rattibor in die Pressestelle der Provinzialverwaltung berufenen Kollegen Krellschmar wurde Kollege Gockmann als Kassentrevor gewählt. Mit propagandistischen Hinweisen auf die Arbeiterkassentätigkeit und die Vorkaufsfrage wurde die Versammlung beendet.

B. r. Köln. (Maschinenseher.) Das Vereinsleben der letzten Monate war recht reger. Zu der am 27. Juni stattgehabten Versammlung, in der Kollege Strehmann Bericht über den Maschinenseherkongress gab, waren auch eine Anzahl Kollegen der Bezirke Bonn und Siegen erschienen. Mit der Arbeit und den Beschlüssen des Kongresses erklärte man sich im allgemeinen einverstanden. — Die Versammlung vom 24. Juli fand unter dem Eindruck eines Vortrages des Herrn Redakteurs Herber, „Weltwirtschaft, Rationalisierung und Arbeiterklasse“. Mit passenden Worten schilderte der Referent die heutige allgemeine und insbesondere die deutsche wirtschaftliche Lage, von der etwa zwei Millionen Volksgenossen durch Arbeitslosigkeit betroffen sind. Er kennzeichnete die vielfachen falschen Mittel, mit denen versucht werde, diesen Verhältnissen beizukommen, und beleuchtete kritisch unsere Zoll- und Steuerpolitik. Er zeigte aber auch mahnend und wegweisend die heutigen Aufgaben der Arbeiterklasse. — In der Versammlung am 14. August erstattete Kollege Bendi Bericht über die Düsseldorf Versammlung. Ferner wurden interessante örtliche Angelegenheiten besprochen. In der Berichtsperiode nahm der Bezirksverein fünf Kollegen in die Sparte auf.

Köln. (Maschinenseher.) Die außerordentliche Hauptversammlung der Maschinensehervereinsvereinigung Rheinland-Westfalens am 8. August in Düsseldorf war sehr gut besucht. Der Glangverein „Gutenberg“ (Düsseldorf) erfreute die Erschienenen durch zwei schöne Vorträge. Nach der Erzung der im letzten Vierteljahr verstorbenen Kollegen August Immerborn und Kurt Babel sowie des Vorsitzenden der Zentralkommission der Schriftgießer, Kollegen Hainemann, und einigen Mitteilungen zum „Geschäftlichen“ fand die Aufnahme von 42 Kollegen statt. Eine vom Bezirk Köln eingebrachte Entschädigung, die sich gegen die Ausbildung an den Schulen und die Vermittlung von Schülern durch die Lehrer derselben wandte, wurde einstimmig angenommen. Aber den Antrag, statt vier Versammlungen im Jahre nur zwei abzuhalten, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Der Antrag des Vorstandes auf Erhöhung des Gaubeitrags gelangte einstimmig zur Annahme. Als Ort der nächsten Tagung wurde Dortmund bestimmt. Mit einem Hoch auf Verband und Sparte schloß der Vorsitzende die in schönster Harmonie verlaufene Versammlung. Nachmittags war eine Besichtigung der Ausstellung „Gefolci“ unter Führung von Düsseldorf Kollegen.

Rottbus. (Maschinenseher.) Am 15. August hielt die Bezirksgruppe Rottbus des Brandenburgischen Maschinensehervereins ihre Wanderversammlung in Finsterwalde ab. Der Bezirk umfaßt 7 Druckerorte mit 48 Spartenmitgliedern. Der Besuch seitens der Rottbuser Kollegen ließ leider zu wünschen übrig. Vor der Versammlung fand eine Besichtigung der Druckereien Epenhain und Knoche statt. Den Firmeneinhabern und den Finsterwalder Kollegen an dieser Stelle dafür unsern Dank. Nach Erledigung interner

Angelegenheiten hielt Kollege K i t t e r (Berlin) ein ausföhrliches Referat über den 5. Deutschen Maschinenfabrikongress, das mit Interesse entgegengenommen wurde. Bis zur Abfahrt der Züge blieben den Kollegen noch einige urgemüthliche Stunden.

Wegnik. Am Sonntag, dem 15. August, hielt der Bezirk Wegnik in Neumarkt seine diesjährige Bezirksversammlung ab, um Rechenschaft über das vergangene Geschäftsjahr abzugeben, und die Meinung der Bezirkskollegen bezüglich der Ereignisse innerhalb des Verbandes zum Ausdruck zu bringen. Gegen 11 Uhr wurde die Versammlung durch den Männerchor „Lord Holston“ des Gesangsvereins „Gutenbergs“ (Wegnik) stimmungsvoll eingeleitet. Es folgte die Begrüßungsansprache des Bezirksvorsitzenden E. Scholz, der insbesondere den stellvertretenden Gauvorsitzer Birnbach (Breslau) willkommen hieß. Der Bezirksverband wurde durch die Kollegen Hanjäger (Neumarkt) und Weichinger (Lüben) erweitert. Anwesend waren 83 Kollegen aus Wegnik, Bunzlau, Haynau, Goldberg, Jauer, Lüben und Neumarkt. Der höchste Besuch seitens der beiden erstgenannten größten Orte wurde scharf gerügt. In einem ehrenden Nachruf wurde des Abbleibens zweier alter, langjähriger Verbandsmitglieder, der Kollegen Steiner und Karge aus Wegnik, gedacht, deren Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Der Bezirksvorsitzende nahm in seinem Geschäftsbericht kritische Stellung zum Gantau und Verbandstag. Gerade der letztere hat die Provinzorte bezüglich der Invalidenunterstützung stark enttäuscht und in allen Orten große Unzufriedenheit ausgelöst. Weiter wurden in dem Bericht die Befehlsordnung und Statistik gestreift, um mit einer Berichterstattung über unsere „Hilfsam-Grube“ zu schließen, die sich in bisher sieben Unterstufungsstellen als äußerst segensreiche Einrichtung dokumentiert hat. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Bezirksvorsitzende seine Ausführungen. Dann folgte ein äußerst lehrreicher Vortrag des stellvertretenden Gauvorsitzers Birnbach (Breslau) über das zeitgemäße Thema „Wirtschaftskrise und Gewerkschaften“. Redner bewies an treffenden Beispielen, daß nur starke Gewerkschaften in der Lage seien, in den noch bevorstehenden Wirtschaftskämpfen Recht und Lebensinteresse der Arbeiterschaft zu wahren. Am den Nachhall des Referats nicht zu beeinträchtigen, wurde von einer Ausprache abgesehen. Nach der Festlegung der Rückvergütung für die Fahrt zum Tagungsorte wurde nach kurzer Aussprache Goldberg als Ort für die nächste Bezirksversammlung gewählt. Der Bezirksbeitrag wurde auf seiner bisherigen Höhe belassen. Unter Punkt „Verpflichtung“ entspann sich noch einmal eine große Debatte über das Unterstützungsverfahren und deren Behandlung durch den Verbandstag. Alle Redner vertraten die Ansicht, daß die Invalidenunterstützung in ihrer jetzigen Gestaltung für die kleineren und mittleren Orte ungenügend sei, da sie sich infolge ihrer geringen Mitgliederzahl keine großen Zuschüsse leisten können; auch die große Spanne zwischen 1200 und 2000 Beiträgen müsse beseitigt werden. Die Bezirksversammlung gab dem Gauvorstand von der Unzufriedenheit mit der jetzigen Form der Invalidenunterstützung Kenntnis und ersuchte diesen, auf der nächsten Gauvorsitzerkonferenz für eine Zwischenerlösung einzutreten. Die Sitzung vereinte die Kollegen durch ein „Mitgliedsblatt“, in dem die Neumarkter Kollegen ein hübschverziertes Tafelbild gestiftet hatten. Ein Spaziergang durch das idyllische Landschaftchen Neumarkt und ein Tanzabend im „Schießhaus“ beendeten den äußerst schön verlaufenen Tag.

Allgemeine Rundschau

Nachschweiswertes Beispiel. Der Verwaltungsrat der Arbeiterdruckerei „Grafia“ in Prag hat auf Ersuchen des Betriebsausschusses beschlossen, dem gesamten Personal die Beiträge zur Sozialversicherung zu bezahlen. Die Pensionsversicherungsbeiträge für die Angestellten sowie die Krankenkassenbeiträge für das gesamte Personal werden schon seit langem im vollen Betrage bezahlt.

Eine wichtige Entscheidung zum Gesetz betreffend Kündigungsschutz für Angestellte. Bezüglich der Streitfragen, die nach Inkrafttreten des obigen Gesetzes um seine Auslegung aufgeklort wurden, hat das Gewerbegericht in Mannheim in seiner Sitzung vom 2. September unter dem Vorsitz des Herrn Direktor Dr. Spiegel ein Urteil gefällt, wonach die Berechnung der Beschäftigungszeit gemäß § 2 des Kündigungsschutzes auch auf die Zeit auszudehnen ist, in der der Angestellte als Arbeiter in dem betreffenden Betrieb tätig war. Diese Entscheidung ist sehr wesentlich für die aus dem Arbeitsverhältnis in das Angestelltenverhältnis übergetretenen Kollegen. — Weiter wurde in derselben Sitzung entschieden, daß Vergleiche, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes bezüglich der Auflösung des Dienstverhältnisses und Berücksichtigung auf weitere Ansprüche getätigt worden sind, keinen Einfluß auf die Bestimmungen des Kündigungsschutzgesetzes haben.

Die Arbeitschutzgesetzvorlage fertiggestellt. Endlich ist die eigentliche Arbeitschutzgesetzvorlage im Reichsarbeitsministerium fertiggestellt worden. Im Augenblick ist man nur noch mit der Abfassung der Begründung beschäftigt. Die Vorlage kann also nunmehr an den Reichswirtschaftsrat gelangen. Hoffentlich hört danach auch bald die Gehelminstramerei auf, die gerade mit diesem Gesetzentwurf getrieben wurde. Bei der ungeheuren, ständig steigenden Bedeutung der Arbeitszeitregelung, innerstaatlich wie international, kann der Arbeitschutzgesetzentwurf, dessen Kernstück die Arbeitszeitregelung ist, gar nicht schnell genug herauskommen. Davon sollte sich die Regierung auch nicht durch die in Dresden angenommene Entschiedenheit der Industriellen abhalten lassen, in der natürlich vor einer vorzeitigen (!) Betrachtung des Gesetzes gewarnt wird, weil . . . alle Kamellen.

Norwegen kommt wieder zum ISB! Wie der Internationale Gewerkschaftsbund mittel, verständigte sich eine Vorstandssitzung des Norwegischen Gewerkschaftsbundes in Gegenwart von Dubegeest über den baldigen Einfluß an die Amsterdamer Internationale. Dubegeest sagte seine Vermittlung zwecks Zusammenarbeit mit den andern ständi-

naarischen Gewerkschaften zu. Sodann nahm Dubegeest an der Tagung des schwedischen Gewerkschaftkongresses teil, wo die Frage des Industrieverbandes mehrere Tage erörtert und schließlich eine vermittelnde Entschcheidung des Vorstandes angenommen wurde, wonach der Übergang der Ortsgruppen und Mitglieder in die neuen Verbände beschleunigt werden soll.

Unsre Prinzipale gegen Soziallasten. Zur diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins hatten sich nach übereinstimmenden Meldungen der Tagespresse über 600 Buchdruckerbesitzer aus allen Teilen Deutschlands in Eisenach eingefunden. Am ersten Verhandlungstag hielt Generaldirektor Dr. Boelt einen mit statistischem Material belegten Vortrag über die sozialpolitische Lage und über Lohnstarre im Buchdruckgewerbe. Am Montag wurde eine Entschcheidung nach lebhafter Aussprache einstimmig angenommen, in der unter Protest gegen die sozialpolitischen Gehehe der jüngsten Zeit behauptet wird, daß jede weitere Belastung unausbeholdlich zu schwersten Schädigungen der Gesamtwirtschaft führen müsse. In weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde eine Entschcheidung angenommen, in der auf die „Gefahr“ aufmerksam gemacht wird, die dem Buchdruckgewerbe durch die zunehmende Erziehung beherrschbarer Druckerereien erwächst.

Auswandererzahlen. Nach einer vorläufigen Zählung sind 1925 insgesamt 62 648 Deutsche über deutsche und fremde Meere nach überseeischen Ländern ausgewandert. 1924 waren es 58 828. Angaben über den Beruf liegen von 50 193 Auswanderern vor. Die Papierindustrie und das Buchdruckgewerbe sind mit 437 Auswanderern beteiligt und stehen unter 23 angegebenen Berufen an 14. Stelle.

Haftpflicht, Feuer- und Unfallversicherer. Der Schutzverband der Lebens- und Feuerversicherer e. B., Verbandsleitung München, Jabellastraße 40, teilt uns mit: Es ist in der Öffentlichkeit noch viel zu wenig bekannt, daß für Ansprüche aus Haftpflicht, Feuer- und Unfallversicherungen gegenwärtig eine Anmeldefrist läuft, falls solche Ansprüche auf Grund der Verordnung vom 22. Mai 1926 geltend gemacht werden können. Dieser Termin läuft am 1. Oktober dieses Jahres ab. Die Versicherer müssen daher unverzüglich ihre Ansprüche aus obigen Versicherungen bei den Gesellschaften anmelden, andernfalls geht der Aufwertungsanspruch verloren. Auskünfte erteilt gegen Rückporto der Schutzverband der Lebens- und Feuerversicherer e. B., Verbandsleitung München, Jabellastraße 40.

Finanzielle Schwierigkeiten der Privatkrankenversicherung. Die wirtschaftliche Krise macht auch nicht vor den sogenannten Krankenunterstützungskassen halt. So übernahm jetzt die Bezirkskrankenkasse selbständiger Handwerker in Gräfenthal i. Thür. mit folgender Nachricht ihre Mitglieder: „Krankengeld kann vorläufig nicht mehr gezahlt werden, weil die Kasse in letzter Zeit durch Ausnutzung zweifel in Anspruch genommen worden ist.“ Es ist das für die betroffenen Mitglieder natürlich sehr unangenehm. Die Nachricht zeigte wieder so recht, daß die Krankenversicherung kein Feld für privatwirtschaftliche Betätigung ist. Bei den geschlossenen Kassen (den Allgemeinen Ortskrankenkassen usw.) wäre etwas Derartiges unmöglich, da der Betriebsrat die Gemeinde für Rückstellungen gesetzlich garantiert.

Ein strenges Pressegesetz gegen die Verleumdung. Portugal hat ein neues Pressegesetz in Kraft treten lassen. Die Strafen für eine Verleumdung durch die Presse sind darin ganz erheblich verschärft worden, namentlich für den Fall einer wiederholten Verleumdung. Wird eine Zeitung zweimal der Verleumdung überführt, so muß dieselbe ihr Erscheinen für sechs Wochen einstellen, der Herausgeber hat eine Geldbuße von nicht unter 10 000 Scudos zu zahlen und darf fünf Jahre lang keinen Redakteurposten bekleiden. Die liberalen Blätter erheben natürlich einen großen Lärm gegen das Gesetz. Das katholische Tagblatt „El Debate“ in Madrid erklärt dagegen, ein anständiges Blatt brauche sich vor der Strenge ähnlicher Gesetze nicht zu fürchten. Man vergesse zu leicht, daß die Verleumdung durch die Presse zu einer wahren gesellschaftlichen Geißel geworden sei, die um so schwerer auf den unschuldigen Betroffenen lasse, da eine vollständige Wiederherstellung der geraubten Ehre in den meisten Fällen ausichtslos sei.

Die Geschichte des Berliner Buchdrucks. Die Geschichte der Buchdruckerei in Berlin ist bisher nur einmal zusammenfassend dargestellt worden, die Arbeit aber ist nie an die Öffentlichkeit gekommen. Der frühere Leiter der Reichstagsbibliothek, deren Ausbau ihm im wesentlichen zu danken ist, der auch sonst sehr verdiente Historiker August Potthast (1824 bis 1898), hat eine Geschichte der alten Buchdruckerfamilie Decker geschrieben, die nicht über den neununddreißigsten Bogen hinausgeht, ist, da der Inhaber der Firma starb und die „Königliche Geheimne Oberhofbuchdruckerei N. v. Decker“ erlosch. Die Bogen des für die Gewerbe- und Kulturgeschichte wichtigen Wertes wurden als Manuskript verkauft und sind nur in etwa zehn Exemplaren, meist in öffentlichen Bibliotheken, erhalten. Die Einleitung bildet eine „Geschichte der Buchdruckkunst zu Berlin im Umriß“, und diese hat jetzt Dr. Ernst Crous von der Preussischen Staatsbibliothek für die Berliner Buchdruckerbesitzer in einem Facsimiledruck herausgegeben, der die dankenswerten und interessante Arbeit endlich einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich macht. In einer Einleitung unterrichtet Crous über die wichtigsten Fortschritte der Wissenschaft seit Potthast. Ein weiterer, besonders wertvoller Abschnitt aus dem Werk, die Bewegung von 1848 im Berliner Buchdruck darstellend, ist im Anhang beigegeben.

In 3½ Stunden vom Baum zur Zeitung. Diesen Rekord in der Herstellung einer Zeitung, angefangen von der Baumrinde, die zur Fabrik geschafft und dort verarbeitet wird, bis zur genauen Druckerarbeit in so kurzer Zeit, ist von einem Harzer Papierfabrikanten auf folgende Weise erreicht worden: Er ließ um 7,35 Uhr morgens in der Nähe der Fabrik im Walde Bäume fällen. Die Rinde wurde abgeschält und in die Papierfabrik befördert, wo um 9,39 Uhr die erste Rolle Druckerpapier fertig war. Das Papier wurde dann in die 4 Kilometer entfernte Druckerei einer Tageszeitung gebracht, und um 11 Uhr konnte bereits die erste Zeitungsnummer auf der Straße verkauft werden.

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber, Hamburg, Hoffmannswall 8, welcher den Lesern unseres Blattes Auskunft und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Bewertung von Schutztiteln kostenlos erteilt.

- Patentanmeldungen**
(veröffentlicht in „Patentblatt“ vom 20. August 1926):
- Nr. 15a 82 3973 Standard Compositor H. G., Berlin, „Marschleite“ und „Zehlekomma“.
 - Nr. 15a 82 3933 Standard Compositor H. G., Berlin, „Verfahren zur Verteilung von Satz für Ziel- und Wechsellanddruck mittels der Matrizen- und Zeilenanmachmaschine“.
 - Nr. 15a 82 3929 Theodor Wieseke, Belgisch, „Ausfließvorrichtung an Exzenterventilen der Dampfmaschinen“.
 - Nr. 15d 82 3941 Joseph Dorn, Dresden, „Notationsgummidruckmaschine“.
 - Nr. 15d 82 3941 Joseph Dorn, Dresden, „Einsfarbenerotationsgummidruckmaschine“.
- Gebrandsmuster:**
- Nr. 15a 957 837 Max Seifert, Rastatt, „Nofeevorrichtung für Getränke“.
 - Nr. 15d 958 106 Joseph Dorn, Dresden, „Einsfarbenerotationsgummidruckmaschine nach dem Dreifachverfahren“.
 - Nr. 15d 958 106 Joseph Dorn, Dresden, „Einsfarbenerotationsgummidruckmaschine nach dem Dreifachverfahren“.

Literarisches

IV. Norddeutscher Maschinenmessen 24. und 25. Juli 1926 in Hamburg. Unter diesem Titel hat der Maschinenmessenverein der Hamburgischen Buchdrucker aus Anlaß der obigen Tagung eine Festschrift herausgegeben, die in ihrer Färbung Beweis gewerkchaftlicher und gewerkschaftlicher Schaffensfreude bezeugt werden muß. Der in den Farben der Heubühl gebaltene literarische Umschau ist ein würdiger Hinweis auf den 4. Seiten starken inhaltlichen Teil, der in Zweifarben-Druck gehalten ist und auf dem angelegentliches Papier einen guten Eindruck macht. In eingehender Weise wird auf die Ausstellungen der Hamburger Gewerkschaftsbewegung, der Buchdruckerorganisation und der Partei hingewiesen und den Teilnehmern der alte Buchdruckergruß „Voll an die Kunst“ entboten. Den weiteren Teil des Festes füllt ein Brief: „Hamburg in Vergangenheit und Gegenwart“. Die Gründung Hamburgs durch Karl den Großen im Jahre 804 steht nicht fest. Hamburg ist im Wandel der Zeiten mehr als 1700 Jahre alt geworden. Der Brief bringt uns der vielfachen Bedeutung der alten Hansestadt näher. Die Zeit der Hanse und ihre Bedeutung für die Entwicklung Hamburgs werden in die Erinnerung zurückgerufen, und allmählich entleert das heutige Hamburg, das für den gesamten Weltbestand von so überlegener Bedeutung geworden ist. Der Brief wird durch reiche Illustrationen aus dem Leben und Treiben Hamburgs trefflich und lebendig gestaltet, und stellt so eine gute Einführung für den Fremden dar. Die Festschrift dürfte allen Teilnehmern eine lobende und annehmliche Erinnerung sein.

Gegen den „Industrielesendekommis“. Gegenwärtige Aufgaben deutscher Wirtschaft. Der Vortrag von F r i e d r i c h z u v o n dem Autoritäten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes am 20. März 1926. Verlagsanstalt des I. V. D. B., 22 Seiten. Preis 30 Pf. — Die Vereinigten Handelskammern hatten zum 15. März dieses Jahres nach Essen eine „Rundschau der gesamten Wirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes“ einberufen, um in ihrer bekannt überseeischen Stelle als die Vertreter der Wirtschaft anzufragen, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit der Wirtschaft“ forderten. Fort mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen! Freie die Wirtschaft! an zu finden, daß es der nationalen Wirtschaftslage einzeln und allen der Staat, die Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft schuld seien. Was Wunder, wenn diese bedauerlicherweise einer so formelhaften schuldbeladenen Wirtschaftspolitik die völlige „Freiheit

